

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Petra Pau,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/4879 –**

### **Abzug deutscher Polizisten aus Afghanistan**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller verfolgen das Ziel, die Beteiligung deutscher Polizeibeamter beim Aufbau der afghanischen Polizei zu beenden.

Die deutschen Polizisten würden den Aufbau der afghanischen Polizei zwar mit hohem Engagement unterstützen, doch trage das Hauptziel der Aufbauarbeit – die Schaffung einer militärischen Truppe zur Aufstandsbekämpfung – nicht zur Sicherheit bei. Tatsächlich sei die afghanische Polizei Teil des Sicherheitsproblems in Afghanistan, da sie von Korruption durchzogen werde und in der Bevölkerung einen extrem schlechten Ruf genieße.

Daneben sei die Arbeit in einer kriegsähnlichen Situation wie in Afghanistan nicht Aufgabe deutscher Polizisten und setze sie einer gesteigerten Gefährdung aus.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/4879 abzulehnen.

Berlin, den 18. Januar 2012

### **Der Innenausschuss**

**Wolfgang Bosbach**  
Vorsitzender

**Armin Schuster (Weil am Rhein)**  
Berichtersteller

**Wolfgang Gunkel**  
Berichtersteller

**Gisela Piltz**  
Berichterstatteerin

**Ulla Jelpke**  
Berichterstatteerin

**Wolfgang Wieland**  
Berichtersteller

## Bericht der Abgeordneten Armin Schuster (Weil am Rhein), Wolfgang Gunkel, Gisela Piltz, Ulla Jelpke und Wolfgang Wieland

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/4879** wurde in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. April 2011 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 52. Sitzung am 18. Januar 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 108. Sitzung am 18. Januar 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 51. Sitzung am 18. Januar 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 18. Januar 2012 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP** lehnen den Antrag ab. Was die deutschen Einsatzgebiete angehe, träfen die kritischen Ausführungen nicht zu. Davon habe man sich bei Besuchen dort überzeugen können. Sowohl die EU-Polizeimission in Afghanistan (EUPOL) als auch das binationale German Police Project Team (GPPT) führten keine paramilitärische Ausbildung durch. Gerade das GPPT-Training sei hervorragend und trage eine deutsche Handschrift. Die kulturellen Unterschiede, die hohe Analphabetenquote unter den Auszubildenden und die Korruption seien Herausforderungen, denen man sich stellen müsse. Ein Aufgeben und Abziehen der Polizisten würde die Lage nur verschlimmern. Die Ausbildungshilfe sei daher auch bei Abzug der Soldaten zumindest beizubehalten, wenn nicht sogar zu intensivieren. Gerade für den inneren Aufbau des Landes sei der Einsatz erforderlich. Dies sähen auch die eingesetzten Beamten so. Beim jetzt von der Europäischen Kommission zu verhandelnden Kooperationsabkommen EU – Afghanistan werde der Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht ein

vitaler Bestandteil sein. Bei diesen zivilen Aufgaben müsse Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen nachkommen – eine reine „Scheckbuch-Beteiligung“ in Afghanistan dürfe es nicht geben.

Die **Fraktion der SPD** räumt ein, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. einige richtige Punkte enthalte. Man müsse die Polizeiausbildung aber differenziert sehen. Im Rahmen von EUPOL würde – etwa an der Polizeiakademie in Kabul – z. T. gute Polizeiarbeit geleistet. Das bilaterale GPPT orientiere sich aber zu stark an US-Vorgaben. Im Ganzen werde zu paramilitärisch ausgebildet, Polizisten sollten offenbar eher wie Soldaten eingesetzt werden. Viele Ausgebildete wollten sich aber zu Recht nicht „verheizen“ lassen. Konsequenz aus diesen Schwierigkeiten könne allerdings nicht ein überstürzter Abzug sämtlicher Polizeibeamten sein, sondern nur eine sinnvolle Anpassung des Einsatzes. Bei Abzug der Soldaten könnte zwar die Ausbildung an der Akademie in Kabul fortgesetzt werden. Wahrscheinlich sei aber der Einsatz in den anderen Gebieten ohne den Schutz der Soldaten nicht möglich. Das deutsche Recht sehe es nicht vor, Polizisten in Kriegsgebieten einzusetzen. Die Bundesregierung müsse auch mehr Druck auf das Regime von Hamid Karsai ausüben, gegen die Korruption vorzugehen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, Ziel des Antrags sei es, den Abzug der deutschen Polizeibeamten aus Afghanistan zu erreichen. An der Art der Polizeiausbildung übten auch Vertreter der Polizeigewerkschaften Kritik. Die gesamte Ausbildung werde – angefangen von den Lehrplänen – von der NATO dominiert und sei paramilitärisch ausgerichtet. Eine Ausbildung von nur wenigen Wochen sei eine Farce, gerade angesichts der Tatsache, dass es bei unteren Dienstgraden ca. 90 Prozent Analphabeten gebe. Solche Polizisten bekämen zwar eine Waffe, seien aber nicht in der Lage, Gesetze zu lesen oder ein Protokoll zu schreiben. Nach Schätzungen quittierten bis zu 20 Prozent den Dienst. Viele nähmen ihre Waffe mit und widmeten sich der Wegelagererei oder Erpressung. Insgesamt gebe es nicht mehr Demokratie und Transparenz, die Lage habe sich vielmehr verschlechtert. Zudem sei es gesetzeswidrig, deutsche Polizisten unter dauernder Lebensgefahr in Kriegsgebieten einzusetzen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisiert den Antrag der Fraktion DIE LINKE. Die Logik des Antrags sehe als Konsequenz aus den konstatierten Mängeln und Schwierigkeiten des Einsatzes nur den Abzug der Polizisten. Dies sei falsch. Es sei vielmehr genau andersherum. Nach dem Abzug der Soldaten müsse der Polizeieinsatz eher verstärkt werden. Keine der zitierten Polizeigewerkschaften fordere den Abzug der Polizisten. Dies verlange nur die Fraktion DIE LINKE. Korruption in der Polizei und „Wegelagererei“ durch Sicherheitskräfte gebe es in vielen Ländern der Erde. Dies könne nicht ein Einstellen der Hilfe zur Folge haben. Man müsse im Gegenteil daran arbeiten, dass sich etwas ändere.

Berlin, den 18. Januar 2012

**Armin Schuster (Weil am Rhein)**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gunkel**  
Berichterstatter

**Gisela Piltz**  
Berichterstatterin

**Ulla Jelpke**  
Berichterstatterin

**Wolfgang Wieland**  
Berichterstatter

